

NEUN EU-STAAATEN FORDERN

EU-Transaktionssteuer soll schnell kommen

Wolfgang Schäuble und acht weitere europäische Finanzminister drängen auf eine schnelle Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Diese sei nötig, um den Finanzsektor an den Kosten der Krise zu beteiligen.



Wolfgang Schäuble im Kreis seiner Kollegen.

Quelle: REUTERS

Deutschland, Frankreich und sieben andere Staaten der Europäischen Union (EU) drängen die dänische EU-Ratspräsidentschaft, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer rasch voranzutreiben. Neben Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und seinem französischen Kollegen Francois Baroin hätten auch die Ressortchefs aus Italien, Spanien, Österreich, Belgien, Finnland, Griechenland und Portugal einen entsprechenden Brief unterzeichnet, teilte das französische Finanzministerium am Dienstag mit.

Die Länder seien sich einig, dass eine Finanztransaktionssteuer auf einer gemeinsamen Basis nötig ist, um eine gerechte Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise zu gewährleisten und die Finanzmärkte besser zu regulieren, hieß es. Vor allem Großbritannien lehnt eine solche Steuer ab.

rtr

© 2011 Handelsblatt GmbH - ein Unternehmen der **Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH & Co. KG**

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: **Content Sales Center** | [Sitemap](#) | [Archiv](#)

Realisierung und Hosting der Finanzmarktinformationen: **vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG** | Verzögerung der Kursdaten: Deutsche Börse 15 Min., Nasdaq und NYSE 20 Min.